

CH_VB 94.3026 vom 17. März 1994

Bundesverwaltung, 1994-03-17, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_94.3026

FR: CH_VB 94.3026 du 17 mars 1994

IT: CH_VB 94.3026 del 17 marzo 1994

Erwägungen

E. 17

mars 1994 Mitglieder der Finanzdelegation beim Besuch von Rechnungshöfen auch selber festgestellt. Die Unabhängigkeit des Rechnungshofes besagt noch nichts über die Wirksamkeit, die er in der Durchsetzung hat. Ich denke, die Finanzdelegation hat festgestellt, dass sie wahrscheinlich in der Schweiz verhältnismässig mehr zu sagen hat, solange wir keinen Rechnungshof haben. Allerdings haben wir auch ein anderes Regierungssystem, das muss man auch sagen. Aber an verschiedenen Orten hat man gesagt: Wenn die Koalition entschieden hat, dann hat sie das eben so gewollt; dann geht es nicht an, dass irgend jemand etwas anderes tut. Ich kann Ihnen also versichern, dass wir bei der Versicherungskasse alles tun werden; wir werden auch das nötige Personal anstellen. Wir werden auch den Mittelbau der Leitung weiter verstärken und ein Controlling einführen. Das ist nicht eine Kontrollinstanz, sondern eine Steuerungsinstanz, damit in der Zukunft die Abläufe rechtzeitig beobachtet werden können und rechtzeitige Vorkehrungen getroffen werden. Wir haben auch die Absicht, ein eigenes internes Inspektorat einzuführen, weil wir der Auffassung sind, dass letztlich wir selber in der Versicherungskasse die Garantie haben müssen, dass alles sachlich richtig ist. Das war's gewesen, meine Damen und Herren! #ST# Sammeltitel -Titre collectif Folgen der Alpen-Initiative Conséquences de l'initiative des Alpes Fortsetzung - Suite Siehe Seite 453 hiervor - Voir page 453 ci-devant Seiler Hanspeter (V, BE): Das Volk hat gesprochen. Der beschlossene Verfassungsartikel gilt, und diesem Volksscheid hat sich alles staatliche Handeln selbstverständlicher- und konsequenterweise unterzuordnen. Ich habe trotzdem ein paar Bemerkungen dazu anzubringen. Einmal danke ich Herrn Bundesrat Ogi, dass er sofort gehandelt hat und dass er staatspolitische Sorgfalt und Glaubwürdigkeit an den Tag legte, indem ein vorsorglicher - ich betone: vorsorglicher - Planungsstopp verfügt wurde. Wie wären wohl die Kommentare der gestrigen und vermutlich auch noch heutigen Kritiker ausgefallen, wenn das EVED nicht gehandelt hätte? Diese Zeit gibt Gelegenheit, den interpretationsbedürftigen Absatz 3 dieses neuen Verfassungsartikels zu klären. Eine Interpretation der Initianten ist in jedem Fall eine Meinungsäußerung, niemals aber Rechtsetzung; das muss in jedem Fall der Gesetzgeber tun. Das war vorher so, das ist heute so, und das wird morgen so sein. Sie haben ein rasches Handeln angekündigt, Herr Bundesrat, und uns bis zur Sommersession eine Botschaft in Aussicht gestellt. Ich halte hier fest, dass Sie, Herr Bundesrat, meines Erachtens den einzig möglichen und vor allem den rechtsstaatlich korrekten Weg gewählt haben. Ich anerkenne auch mit Genugtuung Ihre engagierten Bemühungen, den europäischen Partnern die besondere Situation zu erklären, für die schweizerische Haltung Verständnis zu wecken und damit dem am 20. Februar 1994 eingehandelten «Bremsklotz», der den Beginn der bilateralen Verhandlungen weiter verzögern könnte, soweit als möglich die bremsende Wirkung zu nehmen. Wir haben uns europapolitisch Hürden aufgebaut, die es in mühsamer Arbeit abzubauen gilt. Auch wenn man alles andere als ein

EU-Beitritt-Fan ist: niemand kommt darum herum, in dieser Sache die nationale Brille durch die europäischen Klarsichtgläser zu ersetzen. Am 20. Februar gab es Sieger, aber nur nationale. International könnten nämlich alle, auch die nationalen Sieger, zu Verlierern werden. Weder Siegerpo- sen, Freuden und landammännische Tänze noch Jammern und Klagen helfen weiter, die Realität holt eben immer wieder und immer alle ein. Heute ist der 17. März 1994. Die Zeit der Rückspiegelpolitik, wie sie gestern zum Ausdruck kam, und die Zeit der Schuld- zuweisungen muss vorbei sein. Jetzt ist harte Knochenarbeit angesagt. Krempeln wir die Ärmel hoch und packen wir die Aufgabe an. Für mich ist Herr Bundesrat Adolf Ogi ein Garant dafür. Bezzola Duri (R, GR): Auch der Alpenkanton Graubünden hat der Alpen-Initiative klar zugestimmt. Herr Bundesrat, ich habe ein gewisses Verständnis für Ihre Reaktion nach dem

E. 20

023 826 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.